



Stadt Braunschweig  
Der Oberstadtdirektor

Postanschrift: Stadt Braunschweig, Postfach 33 00 3300 Braunschweig

Bayerisches Staatsministerium  
für Landesentwicklung und  
Umweltfragen  
Rosenkavalierplatz 2

8000 München 81

Ordnungsamt  
Allgemeine Abteilung  
Petritorwall 6

Bearbeitet durch

Zimmer

Tag und Zeichen Ihres Schreibens

(Bitte die Antwort angeben)  
Unser Zeichen

Unsere Durchwahl

Tag

14.11.84

Einwendung gegen das Vorhaben der Kernforschungszentrum  
Karlsruhe GmbH, der Gg. Noell GmbH, Würzburg und der  
Nuklear-Ingenieur-Service GmbH, Hanau, zur Demontage und  
Beseitigung (Abbau) des Kernkraftwerkes Niederaichbach,  
in der Gemeinde Niederaichbach, Landkreis Landshut

Nach der in der Landshuter Zeitung vom 07.09.84 veröffentlichten  
Bekanntmachung Nr. 9204-75-34216 vom 30.08.84 hat die Kernforschungs-  
zentrum Karlsruhe GmbH, die Gg. Noell GmbH und die Nuklear-Ingenieur-  
Service GmbH eine Genehmigung gemäß § 7 Abs. 3 des Atomgesetzes zur  
Demontage und Beseitigung (Abbau) des Kernkraftwerkes Niederaichbach  
beantragt.

In Nr. 3 der Bekanntmachung wird u. a. ausgeführt, daß die Anlage  
in einem Zeitraum von 7 Jahren zu demontieren und zu beseitigen ist  
und daß die nichtradioaktiven, die radioaktiv kontaminierten und  
aktivierten Anlagenteile des Sicherheitsbehälters in dieser Reihen-  
folge ausgeräumt werden sollen. Die ca. 1.200 Mg dabei anfallenden  
radioaktiven Abfälle sollen im Bundesendlager Konrad endgelagert  
werden.

Soweit die Endlagerung der radioaktiven Stoffe in der Schachtanlage  
Konrad, Salzgitter, vorgesehen ist, werden hiermit gegen dieses  
Vorhaben Einwendungen erhoben; denn die Belange der Stadt können  
durch die Einrichtung eines Endlagers im Schacht Konrad, Salzgitter,  
berührt werden.

Die Schachtanlage Konrad liegt in unmittelbarer Nähe der Stadtgrenze  
Braunschweigs. Die Endlagerung von radioaktiven Stoffen im Schacht  
Konrad ist noch nicht gesichert. Das dafür erforderliche Planfest-  
stellungsverfahren nach § 9 b Atomgesetz ist bisher noch nicht durch-  
geführt worden. Der für die Erteilung der Genehmigung zuständige Nds.  
Minister für Bundesangelegenheiten hat der Stadt Braunschweig zuge-  
sagt, daß auch sie an dem Planfeststellungsverfahren beteiligt wird.  
Auch dies ist bisher noch nicht geschehen.  
Es steht deshalb noch gar nicht fest, ob der Schacht Konrad als End-  
lager für radioaktive Stoffe zur Verfügung stehen wird. In der

22 - 2 -



- 2 -

beabsichtigten Genehmigung zur Demontage und Beseitigung des Kernkraftwerkes Niedersachbach wird also ein Bundesendlager vorgesehen, das bisher überhaupt noch nicht eingerichtet ist.

Eine Durchschrift dieser Einwendung ist dem Herrn Nieders. Minister für Bundesangelegenheiten über die Bezirksregierung Braunschweig zugeleitet worden. .